

**Rede
der Sprecherin für Jugendpolitik**

Immacolata Glosemeyer, MdL

zu TOP Nr. 9

Abschließende Beratung

**Kinderarmut strukturell entgegenwirken:
Familienleistungen reformieren und Teilhabe
sicherstellen**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen –
Drs. 17/6246

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales, Frauen, Familie,
Gesundheit und Migration – Drs. 17/7153

während der Plenarsitzung vom 01.02.2017
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Präsident,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

ich freue mich, dass wir nach einer erfolgreichen und positiven Anhörung der engagierten Verbände und Arbeitsgemeinschaften unseres Landes unseren Antrag gegen Kinderarmut und für mehr Teilhabe heute zur Abstimmung stellen können.

„Armut beschämt nicht die betroffenen Menschen, Armut beschämt die Gesellschaft“. Dieses Zitat der Schweizer Sozialdemokratin Ruth Dreifuss fordert uns alle dazu auf, Armut nicht nur bedauernd zur Kenntnis zu nehmen, sondern Verantwortung zu übernehmen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

heute leisten wir mit dem vorliegenden Antrag unseren Beitrag!

Wir stellen fest: strukturelle Kinderarmut ist trotz guter Wirtschaftslage unseres Landes nicht rückläufig. Das Gegenteil ist der Fall. Wie uns Professor Eichhorn vom Landesamt für Statistik noch einmal vor Augen führte, hat die Armutsgefährdungsquote für Kinder mit fast 21 Prozent in 2015 einen neuen Höchstwert erreicht. Jedes fünfte Kind ist betroffen.

Die Gefahr, von Armut betroffen zu sein, ist gerade bei Alleinerziehenden frappierend hoch. Jedes zweite Kind in Ein-Eltern-Haushalten lebt in Armut. In kinderreichen Familien steigt das Risiko ebenfalls um ein Vielfaches.

Unumstritten ist: Kinderarmut ist Familienarmut. Die Lebenssituation von Kindern richtet sich nach den finanziellen Möglichkeiten ihrer Eltern

Das hat gravierende Auswirkungen auf die Zukunftschancen der Kinder. Fehlen die finanziellen Mittel für individuelle Förderung und Entfaltungsmöglichkeiten, bleiben Potenziale – seien sie künstlerischer, sportlicher oder sozialer Natur –

ungenutzt, die Türen zur persönlichen Entwicklung bleiben ihnen verschlossen und die gesellschaftliche Teilhabe bleibt ihnen verwehrt!

Armut gilt in unserer Gesellschaft leider als stigmatisierend. Diesen Kindern werden von Anfang an Steine in den Weg gelegt, und Statistiken zu Folge erholen sich viele davon nicht.

Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, dürfen wir nicht hinnehmen!

Der „Verteilungsbericht“ der Hans-Böckler-Stiftung aus dem Oktober 2016 verdeutlicht: wer wenig Geld verdient, bleibt oft arm, wer bereits wohlhabend ist, kann relativ sicher sein, seine Einkommensvorteile auf Dauer zu behalten. Die Leidtragenden der Einkommensschere sind immer die Kinder, denn die Erfahrung zeigt, dass Kinder armer Eltern später häufig selbst arm sind.

Diesen Kreislauf müssen wir durchbrechen. Das ist unsere Pflicht als Politikerinnen und Politiker dieses Landes. Wir müssen jedem Kind eine Chance auf eine erfolgreiche Zukunft geben!

Die derzeitige Verteilung von Sozialleistungen erfüllt diesen Zweck leider nicht, denn während besserverdienende Familien neben dem Kindergeld zusätzlich von steuerlichen Kinderfreibeträgen profitieren, haben Familien mit geringem Einkommen durch die vollständige Anrechnung des Kindergelds an die SGB-II-Leistungen keinerlei Vorteil.

Gleichberechtigung aller Kinder sieht allerdings anders aus, sehr geehrte Damen und Herren. Hier müssen wir ansetzen und Ungerechtigkeit abbauen!

Eine elternunabhängige Kindergrundsicherung, wie sie unser Antrag fordert, würde Abhilfe schaffen. Das ist auch aus Sicht des Verbandes alleinerziehender Mütter und Väter der richtige Weg, wie uns bei der Anhörung bestätigt wurde.

Ja, Kinderarmut ist Familienarmut, aber hier hat der Staat den Kindern gegenüber die Verpflichtung, zu handeln und Kinder vom dem Geld der Eltern unabhängig abzusichern!

Die Ursachen für Kinderarmut sind vielfältig. Als Parlamentarier müssen wir alle Bausteine im Blick behalten. Wir in der rot-grünen Regierungskoalition haben dafür bereits einiges getan.

1. Das „Landesprogramm zum Abbau von Langzeitarbeitslosigkeit“ (um in Zusammenarbeit mit dem Bund Eltern zu qualifizieren und zu sozialversicherungspflichtigen Arbeitsstellen zu verhelfen).
2. Die deutliche Erweiterung der Fördermöglichkeiten der sozialen Wohnraumförderung.
3. Der intensive Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen.

Und zukünftig den kostenfreien Anspruch auf einen Kita-Platz. Dafür setzt sich die SPD-Fraktion mit voller Kraft ein!

Auch unsere Bundessozialministerin Manuela Schwesig setzt mit der Reform des Unterhaltsvorschusses ein deutliches Zeichen!

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

unser Antrag ist ein wichtiger und notwendiger Baustein, um Kinderarmut strukturell zu bekämpfen.

Wir wurden in der Anhörung noch einmal darauf hingewiesen, dass die Beantragung dieser Leistungen für viele Eltern als extrem erniedrigend empfunden wird. An unterschiedlichsten Stellen müssen sie ihre persönliche Geschichte gegenüber verschiedenen Ansprechpartnern darlegen. Deswegen müssen Wege gefunden werden, die Beantragung dieser Leistungen unbürokratisch und diskriminierungsfrei zu gestalten!

Wir bitten die Landesregierung daher, sich gegenüber der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass kurzfristig die Mittel für das Bildungs- und Teilhabepaket sowie für weitere Teilhabeleistungen erhöht werden. Dabei muss deren Beantragung weiter vereinfacht werden.

Mittelfristig müssen die SGB-II-Regelsätze unter Einbeziehung des Bildungs- und Teilhabepakets an den Verlauf einer typischen und durchschnittlichen Kindheit angepasst und dementsprechend erhöht werden. Hierzu müssen die Bedarfe des Kindes transparent neu ermittelt werden, um Chancengerechtigkeit zu ermöglichen!

Wir fordern, dass langfristig alle staatlichen Leistungen der Kinderförderung (u. a. Kindergeld, Kinderzuschlag, Kinderfreibetrag) sowie die SGB-II-Regelsätze für Kinder zu einer einheitlichen Kindergrundsicherung zusammengeführt werden.

Deren Höhe muss dem verfassungsrechtlichen Existenzminimum entsprechen und für alle Kinder gelten! Das holt die Kinder aus dem stigmatisierenden Sozialgeldbezug heraus und eröffnet ihnen einen unbelasteten Start ins Leben.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

Ziel ist – und ich denke da spreche ich für alle – eine kinderfreundliche Gesellschaft und gleiche Lebens- und Verwirklichungschancen für jedes Kind!

Unser Antrag ist ein Schritt in Richtung mehr Chancengleichheit und für den sozialen Zusammenhalt in Deutschland!

Darum bitte ich Sie, stimmen Sie unserem Antrag zu.